

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Kutzmutz, Dr. Christa Luft, Ursula Lötzer,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/4556 –**

ERP-Sondervermögen für Mittelstandsförderung erhöhen

A. Problem

Aufstockung des ERP-Kapitals zur Bewältigung der Verlagerung des Eigenkapitalhilfeprogramms, des Programms Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen und der Beteiligungskomponente der Förderung und Unterstützung technologieorientierter Unternehmensgründungen in den neuen Bundesländern in das ERP-Sondervermögen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4556 –
abzulehnen.

Berlin, den 6. Dezember 2000

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann
Vorsitzender

Margareta Wolf (Frankfurt am Main)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Margareta Wolf

I.

Der Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4556 – wurde in der 133. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. November 2000 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und den Ausschuss für Tourismus zur Beratung überwiesen.

II.

Die antragstellende Fraktion fordert, das Programm „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen“ (BTU) erst nach einer vollzogenen Aufstockung des ERP-Kapitals in das Sondervermögen zu verlagern. Alternativ soll die Aufstockung entweder durch eine Kapitalerhöhung des ERP zum 1. Januar 2001 oder durch die Einstellung zusätzlicher Mittel im Bundeshaushalt 2001 für neue BTU-Förderzusagen erfolgen. Auch soll das Eigenkapital des ERP-Sondervermögens über den Verkaufserlös der bundeseigenen Anteile an der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) hinaus mit Bundesmitteln erhöht werden, soweit dies zur Sicherung der wirtschaftspolitisch notwendigen und gewollten Fördervolumen des Eigenkapitalhilfeprogramms (EKH) und des BTU-Programms ohne Abstriche an der bisherigen sonstigen ERP-Förderkulisse erforderlich ist. Darüber hinaus sollen in der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2002 ff. die Titel des Kapitels 09 02 des Bundeshaushaltes zur Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen und zur Erstattung von Darlehensausfällen im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms so ausgestattet werden, dass eine Begleichung der diesbezüglichen Verpflichtungen des Bundes ohne Inanspruchnahme von Zwischenfinanzierungen durch das ERP-Sondervermögen sichergestellt ist. Schließlich soll beim Verkauf der DtA-Anteile an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sichergestellt werden, dass die Abwicklung der Beteiligungsförderung mittelfristig bei der DtA als Existenzgründer- und Mittelstandsbank des Bundes konzentriert wird.

Ohne derartige Maßnahmen befürchten die Antragsteller Einschränkungen der bestehenden Förderkulissen und eine Auszehrung der Substanz des ERP-Sondervermögens.

III.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2000 mehrheitlich die Ablehnung des Antrages der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4556 – empfohlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der F.D.P. und der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU gefasst.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat in seiner 51. Sitzung am 6. Dezember 2000 mehrheitlich die Ablehnung des Antrages der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4556 – empfohlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und CDU/CSU gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS und in Abwesenheit der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gefasst.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 50. Sitzung am 6. Dezember 2000 auf die Abgabe eines Votums zum Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4556 – verzichtet.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der PDS in seiner 43. Sitzung am 6. Dezember 2000 abschließend beraten.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4556 – zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS gefasst.

Berlin, den 6. Dezember 2000

Margareta Wolf (Frankfurt am Main)
Berichterstatlerin

